

## WdA im Februar

*Ich kenne die Weise, ich kenne den Text, / Ich kenn' auch die Herren Verfasser; / Ich weiß, sie tranken heimlich Wein / Und predigten öffentlich Wasser.* Wie trefflich lassen sich Heinrich Heines Zeilen von 1844 aus *Deutschland – Ein Wintermärchen* auf die bundesdeutsche Gegenwart anwenden: *Sie predigen Bescheidenheit und scheffeln selber Millionen.* Verdross und Unmut in der Bevölkerung werden von Tag zu Tag größer. Man steht morgens auf, schaltet das Radio ein und fragt sich: Welcher Skandal ist heute die Spitzenmeldung? Die Verschiebung weiterer unversteuerter Millionen in ominöse Auslandsstiftungen? Die Schließung einer hochprofitablen Fabrik? Die Drohung mit der ‚Freistellung‘ Tausender Beschäftigter eines weltweit operierenden Erfolgskonzernts? Neuigkeiten über die florierende deutsche Waffenindustrie? Nachrichten über Landesbanken, die Milliarden an der Börse verzockt haben, Milliarden, die wir Steuerzahler begleichen dürfen? Oder gibt es weitere Hiobsbotschaften über Altersarmut und Kindernot in unserem reichen Land?

### Die Themen im Einzelnen

Seite 1

#### **Kapital muss unter Kontrolle**

Seite 2 und 3

#### **Die Einheit neu denken**

Seite 4

#### **Aufruf für ein Zentrum gegen den Krieg, Kapitalismus pur**

Seite 5

#### **Armut im Alter**

Seite 6

#### **Streik ist Notwehr!**

Seite 7

#### **Blick zurück:**

#### **Reichtagsbrand vor 75 Jahren**

Seite 8

#### **Profite mit Auszubildenden, Akademie der Arbeit,**

#### **Böckler-Boxen**

Seite 9

#### **Ruhfestspiele 2008,**

#### **Kulturprogramm in Hörste,**

#### **Impressum**

<http://www.streik.tv>

## Kapital muss unter Kontrolle!

Betriebsschließungen trotz hoher Gewinne! Das kommt im entfesselten Kapitalismus immer häufiger vor. Im Standortwettbewerb geht es nicht um unternehmerisches Handeln, nicht um Innovation oder Regionalentwicklung. Es geht darum, die Kapitalrendite immer weiter zu steigern! Es geht um die unersättliche Gier der Kapitalbesitzer!

7,2 Milliarden Euro Reingewinn hat der finnische Mobilfunkkonzern Nokia im vergangenen Jahr erzielt, davon 134 Millionen Euro im Werk Bochum. Jeder Beschäftigte erwirtschaftete dort durch Kompetenz und Einsatz, durch Sonderschichten und Sonntagsarbeit in der Produktion einen Gewinn von 90.000 Euro. Und nun werden die Arbeitsplätze vernichtet.



Nokia ist überall! Der EU-Binnenmarkt hat eine aggressive Kapitalwanderung ausgelöst. Die Konzerne wandern mit Subventionen dorthin, wo die höchsten Renditen winken. Politiker versuchen, die Wahl der Standorte mit Steuergeldern zu beeinflussen - und das nicht nur in Deutschland. Wer denkt eigentlich daran, dass diese Fördergelder grundsätzlich in allen Ländern Arbeitsplätze vernichten? Deutschland hat im Fall Nokia in einem Spiel verloren, in dem es selbst ohne jede Rücksicht auf Verluste mitmischte.

Für Bildung und Soziales fehlt das Geld, aber reiche Konzerne werden vom armen Staat gefüttert. Und die Namen der Subventionsempfänger werden noch nicht einmal veröffentlicht.

Die Menschen in Europa brauchen keinen neoliberalen Standortwettbewerb, sondern soziale Mindeststandards, die verhindern, dass die Beschäftigten gegeneinander ausgespielt werden. Notwendig sind europäische Mindestlöhne. Der Steuersenkungswettlauf muss beendet werden.

Nicht die Konzerne schaffen Werte, sondern alle, die arbeiten. Die Wirtschaft muss demokratisiert werden! Die Beschäftigten müssen Unternehmensentscheidungen mitbestimmen. Massenentlassungen zur Steigerung von Profiten darf es nicht mehr geben! Die Bewegungsfreiheit fürs Kapital muss eingeschränkt werden, damit die Wirtschaft den Menschen dient.

## Die Einheit neu denken

Gewerkschaftsorganisationen sind Mittel zum Zweck. Sie müssen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass abhängig Beschäftigte, Arbeitslose und freiberuflich Tätige eine durchsetzungsfähige Interessenvertretung und die bestmögliche Unterstützung im Kampf um Sicherung und Ausbau ihrer Rechte erfahren. Dazu gehören gewerkschaftliche Strukturen, die gemeinsame Ziele und optimale Beteiligung der Mitglieder ermöglichen. „Gemeinsam sind wir stark!“, heißt die Losung.

### Eine aufgezwungene Organisationsstruktur

Umstritten waren Aufbau und Struktur der deutschen Gewerkschaften schon bei ihrer Neugründung nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Frage nach einem effektiven, gerechten und durchsetzbaren allgemeinen Strukturmodell gewerkschaftlicher Organisation, also die Schaffung eines optimalen Organisationsprinzips, wurde damals von den Besatzungsmächten bestimmt. Für die Gründung eines DGB als Mitglieder-gewerkschaft – ähnlich wie in Österreich und vielen anderen Ländern – gab es keine Chance. Die Alliierten wünschten für Deutschland keine zentralen Gewalten. Viele Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter waren dagegen der Auffassung, dass alle gewerkschaftlichen Kräfte in einer gemeinsamen Organisation zusammengefasst werden müssten, um die Durchsetzungsfähigkeit ihrer politischen, ökonomischen und sozialen Forderungen zu erhöhen. Der Alliierte Kontrollrat für Deutschland erließ jedoch bereits am 3. Juni 1946 die Anweisung Nr. 31 über „Die Entwicklung von Gewerkschaftsverbänden“. Damit wurde den Gewerkschaften zwar der Weg zu größeren Zusammenschlüssen freigegeben, gleichzeitig jedoch die Auflage zur Bildung von Industriegewerkschaften gemacht.

Der offiziellen Geschichtsschreibung des DGB zufolge wurden die modernen deutschen Einheitsgewerkschaften auf dem DGB-Gründungskongress 1949 in München konstituiert. Tatsächlich erhielt der DGB als Dachorganisation aber die Verfassung eines eher lockeren Bundes von autonomen 16 Industrie- und Berufsgewerkschaften. Das Resultat, die Schwächung der Gewerkschaften, war gewollt: Ein geschlossener gewerkschaftlicher Widerstand bei der Wiederherstellung kapitalistischer Verhältnisse sollte verhindert werden.

### Gleichwertigkeit von Arbeit und Kapital

Nachdem der Anti-Hitler-Koalition der Kalte Krieg gefolgt war, sollten vor allem die westdeutschen Gewerkschaften in ein Bündnis mit Staat und Kapital integriert werden. Arbeit und Kapital galten nun als gleichwertig. In Betrieb und Gesellschaft sollten ihre Vertreter gleichberechtigt agieren können. Der Staat verpflichtete sich zu einer Politik des Interessenausgleichs. Dazu gehörten: die Tarifautonomie, das Konzept der betrieblichen Mitbestimmung sowie die paritätische Finanzierung und Selbstverwaltung der Sozialversicherungen. Bis zur Wirtschaftskrise in den Jahren 1974/75 wurde der Sozialstaat als historische Errungenschaft betrachtet. Deutschland galt als Musterland des Wohlfahrtsstaates. Die so genannte Soziale Marktwirtschaft wurde als Kompromiss zwischen Arbeit und Kapital angesehen.

Die angeblichen Volksparteien haben sich inzwischen konzeptionell und praktisch vom Prinzip der Gleichwertigkeit von Arbeit und Kapital verabschiedet, ebenso vom damit verbundenen Gesellschaftsentwurf. Das Prinzip der solidarischen Finanzierung des Sozialstaats soll durch die abhängig Beschäftigten und ihre Unterordnung unter die allgemeinen Wettbewerbszwänge ersetzt werden. Der Staat zieht sich aus der Verantwortung zurück. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen das gewünschte Maß an Sozialstaatlichkeit selbst finanzieren. Hauptziel dieser neuen ‚Sozialpolitik‘ ist die Entlastung der Wirtschaft. Die Formel lautet nun: Kapital geht vor Arbeit – und wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit vor sozialer Sicherheit.

### Beschäftigte tragen das Risiko

Mit einem Politikmodell der Sozialpakete wurde in den vergangenen drei Jahrzehnten die Gleichberechtigung der Interessen von Arbeit und Kapital ersetzt durch die unmittelbare Einbeziehung der abhängig Beschäftigten in die Risiken durch die Weltmarktkonkurrenz. Wenn im internationalen Wettbewerb die Erfolge der Unternehmen und Konzerne ausbleiben, sollen die abhängig Beschäftigten mit Lohnverzicht und Entlassungen dafür bezahlen. Und wenn die Renditen wieder steigen, werden von den Belegschaften erneut Verzichte verlangt, um den Aufschwung nicht zu gefährden. Kostenentlastungen und Deregulierungen verschärfen die Konkurrenzsituation unter den Arbeitnehmern. Mit der dramatisch abnehmenden Tarifbindung sollen die Gewerkschaften empfindsam geschwächt werden.

- Fortsetzung auf Seite 3 -

- Fortsetzung von Seite 2 –  
**Die Einheit neu denken**

Die Herren des Kapitals und ihre Interessenvertreter haben sich von der Kooperation mit den Gewerkschaften verabschiedet. Die Arbeitnehmerorganisationen werden nach ihrer Überzeugung nicht mehr gebraucht! Diese Tatsache wird vor allem von vielen hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionären ignoriert. Sie sperren sich der Erkenntnis, dass sich die Gewerkschaften als starke, selbstbewusste und von Parteiinteressen unabhängige Organisationen im Interesse der arbeitenden und ausgebeuteten Menschen neu aufstellen müssen.

#### **Mitgliedergewerkschaft DGB !**

Die gewerkschaftliche Durchsetzungsmacht kann nur dann verbessert werden, wenn der DGB eine Mitgliedergewerkschaft wird. Dann könnten die politischen Potenziale gebündelt und der Verwaltungsaufwand enorm reduziert werden. Das führte gleichzeitig zur Verbesserung gewerkschaftlicher Beratungs- und Unterstützungstätigkeit.

Die hohen Mitgliederverluste und der damit verbundene finanzielle Aderlass zwingen zum Zusammenschluss aller Gewerkschaften. Aber bislang beschränkt man sich auf eine stärkere Kooperation der Einzelgewerkschaften mit dem DGB vor Ort.

Der DGB-Bundesvorstand soll Anfang März über Vorschläge des Projektes „Weiterentwicklung Organisationsstruktur“ entscheiden. In insgesamt 20 Pilotprojekten haben 22 DGB-Regionen und sechs DGB-Bezirke von Mitte 2006 bis zum Sommer 2007 neue Formen der Zusammenarbeit von DGB und Einzelgewerkschaften erprobt und weiterentwi-

ckelt. Beispielsweise soll der Service für die Mitglieder durch gemeinsame Anlaufstellen verbessert werden. Dies kann aber nur gelingen, wenn sich die örtlichen Gewerkschaften auch finanziell daran beteiligen. Grundvoraussetzung für Aufbau und Betrieb einer Anlaufstelle ist außerdem die Beteiligung ausreichend vieler ehrenamtlich Aktiver in den Einzelgewerkschaften.

#### **Fusionen und Kooperationen**

DGB-Regionen sollen nach dem Projektbericht fusionieren und kooperieren. „Bei Berücksichtigung der organisationspolitischen und arbeitsorganisatorischen Kennziffern müssten etwa dreiviertel der bestehenden DGB-Regionen Veränderungsmaßnahmen einleiten“, heißt es. Das kann die mangelhafte Zusammenarbeit zwischen den Einzelgewerkschaften und dem DGB in den Regionen sicherlich nicht fördern. Schon heute muss sich so mancher DGB-Vorsitzende mit 20 und mehr ehrenamtlichen oder hauptamtlichen Geschäftsführern der Einzelgewerkschaften in seiner Region vor Ort abstimmen, um Kooperationen zu ermöglichen. Bereits in der Vergangenheit hat es als Folge von Mitglieder- und Einnahmenverlusten in den DGB-Regionen und zuvor schon in den DGB-Kreisen immer wieder Fusionen von Organisationseinheiten gegeben. Und es soll weiteren Personalabbau beim DGB geben. Die gegenwärtig etwa 670 Stellen sollen bis zum Jahr 2010 auf 600 reduziert werden; etwa 300 dieser Beschäftigte sollen in den DGB-Regionen eingesetzt werden. An Sachmitteln sollen den DGB-Regionen wie bisher etwa 20 Prozent der DGB-Haushaltsmittel zur Verfügung stehen.

#### **Warum Veränderungen nur in den Regionen?**

Durch die Zusammenarbeit zwischen DGB-Regionen und Einzelgewerkschaften werden eine „starke Präsenz nach außen und Synergien“ angestrebt. Gemeinsam sollen sich alle Beteiligten „stärker als bisher um gewerkschaftsübergreifende organisationspolitische Ziele“ kümmern. Vor allem soll das für öffentliche Auftritte des DGB als die „gewerkschaftliche Stimme“ gelten. Jedoch kann dies nicht nur ein Ziel für die Gewerkschaften in den Regionen sein! Wollen die Verantwortlichen auf Bundes-, Landes- und Bezirksebene etwa ansonsten so weitermachen wie bisher? Das wäre Wahnsinn, denn: Es gibt besonders auf zentraler Ebene der acht Einzelgewerkschaften und beim DGB Abteilungen für Sozialpolitik, Wirtschaftspolitik, Bildungsarbeit, Personal, Europa, Öffentlichkeitsarbeit, Gesundheitspolitik, Frauen, Jugend, Senioren, usw., usw. Sie alle existieren weitgehend nebeneinander, tun fast das Gleiche – und klagen über Personalmangel. Selbstverständlich, sind alle wichtig. Jeder ist wichtiger als der andere. Und wer kümmert sich unmittelbar um die Mitglieder?

Kooperationen reichen also bei weitem nicht aus! Dringend nötig ist eine umfassende Organisationsreform mit dem Ziel, alle Gewerkschaftsmitglieder und solche, die es werden könnten, in einer großen Einheitsgewerkschaft mit Berufs- und Branchenfachbereichen zu vereinigen. Wenn die verantwortlichen Funktionäre das nicht schaffen, wird der Bedeutungsverlust der deutschen Gewerkschaften unaufhaltsam sein.

*Franz Kersjes*



*In Berlin will der Bund der Vertriebenen ein Zentrum gegen Vertreibungen als Dokumentationsstätte schaffen, „die im geschichtlichen Kontext das Schicksal der deutschen Vertriebenen und die Veränderungen Deutschlands durch ihre Integration sowie Vertreibungen und Genozid an anderen europäischen Völkern im 20. Jahrhundert in einem Gesamtüberblick erfahrbar macht“. CDU und SPD haben im Oktober 2007 diesem Vorhaben zugestimmt. Zahlreiche Kritiker werfen dem Bund der Vertriebenen vor, eine solche Institution könnte dahingehend missverstanden werden, dass sie revisionistische Absichten verfolge und zum eigentlichen Ziel die neuerliche Vertreibung der heutzutage in den früheren deutschen Gebieten lebenden Polen und Tschechen habe.*

Mitglieder und Freunde des Willy-Brandt-Kreises bitten um Unterstützung der folgenden Initiative:

## Aufruf für ein Zentrum gegen Krieg

Das geplante und anhaltend umstrittene Zentrum gegen Vertreibung unterliegt, entgegen den Intentionen des Parlaments, der Gefahr, als Instrument der Anklage missverstanden zu werden. Dieser Missdeutung, die auch in Polen und Tschechien sehr bald laut geworden ist, sollte begegnet werden. Geht es hier wirklich nur um das Recht auf eine Klagemauer, um Verständnis und Versöhnung, oder geht es um die Zuweisung von Schuld und Unrecht Richtung Osteuropa, mit dem Ziel einer Bewusstseinsverschiebung, die schließlich auch eine Eigentumsverschiebung ermöglichen wird? Vertreibung ist eine von vielen entsetzlichen Kriegsfolgen. Genauso gut könnte man ein Zentrum gegen Gebietsannexionen befürworten, eins gegen die Geringschätzung des Lebens von Soldaten, gegen Massaker an Zivilisten, gegen Bombenopfer und Ruinen, eins gegen Zwangsarbeit und Gefangenenlager, gegen Hunger und Typhus, ein Zentrum gegen Vergewaltigung, gegen Verrohung der Sitten, gegen ethnische Säuberungen, gegen Vergeltung und Strafe der Sieger. All dies sind im letzten Jahrhundert immer die fatalen Folgen von Kriegen gewesen, je schrecklicher der Krieg, je fataler. Verurteilt man aber die Folge und nicht die Ursache, so greift man zu kurz, ja weckt Illusionen. Man suggeriert, nach Angriffskriegen könnten deren unvermeidliche Folgen vermieden werden. Für die Zukunft folgt daraus nicht das Unrealistische: Vertreibungen nach Kriegen sind zu verbieten. Sondern: Wer Vertreibungen verhindern will, muss Kriege verhindern. Wir brauchen kein Zentrum gegen Vertreibung. Wir brauchen ein *Zentrum gegen Krieg*. Das den Jüngeren veranschaulicht, weshalb Krieg geächtet und künftig zu meiden ist. Jede Art von oben erwähnten Kriegsleiden könnte hier einen Raum bekommen, nicht nur die, die heute noch entschädigungsrelevant sind. In diesem Kontext könnte auch das im Koalitionsvertrag vereinbarte *sichtbare Zeichen gegen Vertreibung* seinen Platz finden.

Am Eingang wäre eine Warnung von Bertolt Brecht von 1952 denkbar: Das Gedächtnis der Menschheit für erduldetes Leiden ist erstaunlich kurz. Ihre Vorstellungskraft für kommende Leiden, ist fast noch geringer.

*Die Mitglieder des Willy-Brandt-Kreises*

<http://www.brandt-kreis.de>

## Kapitalismus pur

**Allianz:** Deutschlands größter Finanzkonzern, die Allianz, hat 2007 trotz Milliardenabschreibungen bei ihrer Tochtergesellschaft Dresdner Bank den Jahresüberschuss auf acht Milliarden Euro gesteigert (Vorjahr 7,021). Der operative Gewinn wuchs auf 10,8 Milliarden Euro. Die Vernichtung von Arbeitsplätzen wurde konsequent fortgesetzt.

**Milliarden vernichtet:** Rund 90 Milliarden Euro haben deutsche Landesbanken in Kreditpapiere investiert, die nun in den Strudel der US-Immobilienkrise geraten. Die Bundesländer – das heißt: die Steuerzahler – müssen jetzt für diese Milliarden-Ausfälle aufkommen, während Ex-Bankmanager großzügige Pensionen kassieren. Sie haben mit Steuergeldern gezockt, und nun muss die Allgemeinheit für die Fehlinvestitionen gerade stehen. Experten sind fassungslos darüber, dass die Provinzbanker sich auf das Milliardenspiel einlassen konnten. Hohe Rendite bei gleichzeitiger Sicherheit? Udo Reifner, Professor am Institut für Finanzdienstleistungen, vermutet, dass reine Gier der Manager die Banken in die Krise getrieben hat. Denn so lange das Geschäft mit risikanten Krediten lief, stiegen auch die erfolgsabhängigen Vergütungen der leitenden Bankangestellten. Die Landesbanken konnten Millionen verzooken, weil die Aufpasser aus der Politik versagt haben. Nun verlieren Tausende von Bankangestellten ihre Arbeitsplätze. Wann müssen Manager endlich für ihre Entscheidungen haften?

## Armut im Alter

Die Kluft zwischen Arm und Reich wird in Deutschland immer größer. Die reichsten 20 Prozent der Bevölkerung verdienen vier Mal so viel wie die ärmsten 20 Prozent, so das Ergebnis einer europaweiten Umfrage. 13 Prozent der Menschen in Deutschland waren nach Angaben des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2005 armutsgefährdet. Als armutsgefährdet galten allein lebende Personen, die weniger als 9.370 Euro im Jahr beziehungsweise 781 Euro im Monat zum Leben hatten. Ein Haushalt mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern unter 14 Jahren galt bei einem verfügbaren Jahreseinkommen von weniger als 19.677 Euro oder 1.640 Euro monatlich als armutsgefährdet. In vielen Fällen wäre ohne staatliche Unterstützung das Armutsrisiko weit höher.

### Immer weniger Rente

Sinkendes Rentenniveau, Kaufkraftverluste: Immer mehr Rentner und Rentnerinnen werden zu Sozialfällen. Leiharbeitern, Langzeitarbeitslosen, Geringverdienern, und auch vielen Selbständigen droht am Ende Altersarmut. Berechnungen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes zeigen: Schon in 14 Jahren, also im Jahr 2022, wird, bei Berücksichtigung der Inflation, die Durchschnittsrente auf das Niveau der gesetzlichen Grundsicherung absinken. Das wird bedeuten, dass gut zwei Millionen Rentner und Rentnerinnen auf Sozialhilfeniveau leben.

Renten-Experten sagen voraus, dass dieses Sozialhilfeniveau voraussichtlich in 20 bis 30 Jahren etwa die Hälfte der Bevölkerung mit Rentenanspruch betreffen wird, falls keine zusätzliche private Vorsorge getroffen worden ist. Aber bei niedrigen Einkommen ist das grundsätzlich überhaupt nicht möglich. Derzeit liegt der Anteil der Menschen, die im Rentenalter von der gesetzlichen Grundsicherung leben müssen, bei rund 2,5 Prozent. Grundsicherung bekommen alle, deren Rente nicht reicht. Wegen unterschiedlicher Mietpreise variiert sie erheblich; durchschnittlich liegt sie bei 703 Euro.

Private Altersvorsorge lohnt sich oft gerade für diejenigen nicht, die es eigentlich am Nötigsten hätten. Denn alles, was an Ersparnissen vorhanden ist, was an Vorsorge geleistet wurde, was später im Alter helfen soll, einen gewissen Lebensstandard zu bestreiten, wird auf die gesetzliche Altersgrundsicherung angerechnet, und es bleibt meistens kaum etwas übrig. Der Anreiz, Vorsorge wie beispielsweise bei der Riester-Rente zu betreiben, ist damit gleich Null. Es entlastet zwar den Staat, wenn die Menschen zusätzliche Sparanstrengungen unternehmen. Diese Sparanstrengungen werden durch den Staat unterstützt, weil es für ihn billiger ist, wenn gespart worden ist und die Grundsicherungsansprüche im Alter entsprechend sinken. Der Lebensstandard der Sparer steigt dadurch nicht, aber die Belastung des Staates sinkt. Der Staat gewinnt, aber viele Sparer gehen leer aus.

### Neue Rentenreform erforderlich

Experten fordern eine neue Rentenreform, die den veränderten Arbeitsmarkt mit Billig-Löhnen, Mini-Jobs und Solo-Selbständigen berücksichtigt. Dazu gehört: Die Riester-Rente wird nicht auf die Grundsicherung angerechnet, und Selbstständige werden pflichtversichert.

Annelie Buntenbach, stellvertretende DGB-Vorsitzende, forderte in einem Fernsehinterview: „Wir brauchen eine Reform der gesetzlichen Rente. Wer sein Leben lang gearbeitet hat, muss sicher sein können, im Alter auch eine Rente zu haben, von der er leben kann. Das heißt, wenn die Einkommen niedrig sind, dann muss am Ende des Erwerbslebens hier höher bewertet werden für die Rente – eine Rente nach Mindesteinkommen. Und wer länger arbeitslos ist: Hier müssen die Zeiten der Arbeitslosigkeit eben auch besser bewertet werden für die Rente, damit man am Ende eine Rente hat, von der man leben kann.“ Es sei unübersehbar, dass die Behauptung der Politik, die beschlossenen Rentenkürzungen könnten durch private bzw. betriebliche Altersvorsorge individuell ausgeglichen werden, für einen wachsenden Teil der Gesellschaft nicht trage, betonte Buntenbach. Hier müsse die Politik eingreifen und nachbessern – auch wenn es Geld koste. Denn der soziale Rechtsstaat und das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit würden grundlegend verletzt, wenn die Politik weiter tatenlos der Ausbreitung von Altersarmut zusähe.

### Alle Bürger einbeziehen!

Auch die „Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung“ (OECD) warnt vor Altersarmut in Deutschland und empfiehlt, sich am Vorbild der Schweiz zu orientieren. Das Drei-Säulen-Modell von staatlicher Sockelrente sowie einer Pflicht zur zusätzlichen betrieblichen und privaten Altersvorsorge habe den Vorteil, dass es alle Bürger nach ihrer Leistungsfähigkeit einbeziehe. Zudem werde die Abhängigkeit von sozialpflichtiger Beschäftigung vermindert.

*Peter Hansen*

## Streik ist Notwehr!

In den aktuellen Tarifaueinandersetzungen werden die beteiligten Gewerkschaften und ihre Mitglieder wieder einmal von Politikern, von Funktionären der Arbeitgeberverbände und von einigen Journalisten beschimpft und beschuldigt. Der Städte- und Gemeindebund bezeichnet die Warnstreiks im Öffentlichen Dienst als „Muskelspiele“, die der Demonstration von Macht dienen sollen. Die kommunalen Arbeitgeberverbände unterstellen ver.di, sich mit Warnstreiks auf Kosten der Bevölkerung profilieren zu wollen. Mit solch dreisten Behauptungen soll die Öffentlichkeit über die Ursachen der Streikaktionen getäuscht werden – frei nach der Devise: Wenn die Argumente fehlen, wird der Gegner verleumdet.

Jeder Streik erfordert von den beteiligten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Einsicht in die Notwendigkeit, sich aktiv für die Erhaltung und Verbesserung von Tarifrechten einzusetzen. Sie lassen sich grundsätzlich nicht von ihrer Gewerkschaft manipulieren. Sie nehmen in ihrer Not ein Recht in Anspruch, das ihnen durch unsere Verfassung garantiert ist. Die Gewerkschaften sind durch die Weigerung der Arbeitgeber, konstruktiv mit dem ernstesten Willen zur Einigung zu verhandeln, gezwungen, die Beschäftigten zur Arbeitsniederlegung aufzurufen.

Nach jahrelangen Reallohnverlusten ist angeblich auch in diesem Jahr für die notwendigen Einkommensverbesserungen kein Geld da. Gerade im öffentlichen Dienst haben die Beschäftigten aber erheblichen Nachholbedarf. In den vergangenen drei Jahren stiegen die Einnahmen des Staates um 107 Milliarden Euro, wie das Statistische Bundesamt errechnet hat. Die Kommunen hatten 2007 insgesamt einen Überschuss von 4,6 Milliarden Euro, und für 2008 wird erneut mit einem Plus von vier Milliarden gerechnet. Bei den abhängig Beschäftigten wuchsen die Bruttoeinkommen in den vergangenen drei Jahren nur um 40 Milliarden Euro. Davon blieben netto gerade mal 16 Milliarden übrig. Nicht zuletzt durch die höhere Mehrwertsteuer hat der Staat seine Einnahmen zulasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer kräftig steigern können. Auch bei der Lohnsteuer wird kräftig abkassiert.

Politiker beklagen die Finanznot des Staates. Aber wenn es um ihre eigenen Interessen geht, sind sie hemmungslos. Beispiel Diäten: Sie wurden für die 613 Mitglieder des Deutschen Bundestages ab Januar 2008 zunächst um 4,7 Prozent erhöht; schon 2009 soll eine weitere Anhebung um 4,5 Prozent folgen. Danach und in Zukunft werden die Diäten automatisch an die Höhe der Gehälter von Bundesrichtern angeglichen.

Die aktuellen Forderungen der Gewerkschaften zur Verbesserung der tariflichen Einkommen für Beschäftigte sind nach deren jahrelangen Verzichten und Verlusten mehr als berechtigt. Lohn- und Gehaltserhöhungen sind auch gesamtwirtschaftlich zwingend erforderlich. Werden angemessene Lösungen verweigert, bleibt den Belegschaften nur der Streik. Seine Folgen haben aber nicht die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu verantworten, sondern die Herrschaften, die von Verteilungsgerechtigkeit nichts wissen wollen.

*Franz Kersjes*

## Tariffähigkeit für Zeitarbeit

Das Arbeitsgericht Berlin hat seine Entscheidung im Verfahren zur Feststellung der Tariffähigkeit der Tarifgemeinschaft Christlicher Gewerkschaften für Zeitarbeit verkündet. Es hat den Antrag des Arbeitnehmers A, der die fehlende Tariffähigkeit feststellen lassen wollte, aus formellen Gründen zurückgewiesen. Der antragstellende Arbeitnehmer A, der vor dem Arbeitsgericht Potsdam Vergütung einklagt und in diesem Zusammenhang die fehlende Tariffähigkeit der Tarifgemeinschaft Christlicher Gewerkschaften für Zeitarbeit geltend gemacht hatte, war im vorliegenden Verfahren nicht antragsbefugt. Denn das vorliegende Verfahren war von dem Arbeitnehmer W eingeleitet worden, der anschließend jedoch aus dem Verfahren ausgeschieden war. Der Arbeitnehmer A konnte nach Auffassung des Gerichts dem Verfahren des Arbeitnehmers W nicht ohne weiteres beitreten. Er hätte ein eigenes Verfahren einleiten müssen.

Das Arbeitsgericht sah sich insoweit an einer Sachentscheidung über die Tariffähigkeit der Tarifgemeinschaft Christlicher Gewerkschaften für Zeitarbeit gehindert. Andere konkurrierende Arbeitnehmervertretungen, die sich dem Verfahren hätten anschließen können, haben dies nicht getan. Das Arbeitsgericht ließ, wie schon in der mündlichen Anhörung, Zweifel daran durchblicken, dass eine Tariffähigkeit der Tarifgemeinschaft Christlicher Gewerkschaften für Zeitarbeit, gegeben sei. Dies vor dem Hintergrund, ob hierfür nicht alle an der Tarifgemeinschaft beteiligten Gewerkschaften ihrerseits tariffähig sein müssen, das heißt, über eine so genannte Sozialmächtigkeit verfügen. Angesichts der formellen Situation war ihm aber eine Entscheidung in der Sache verwehrt. Gegen diese Entscheidung ist das Rechtsmittel der Beschwerde zum Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg gegeben. Az: 54 BV 13961/06

Die nächste Ausgabe der  
**Welt der Arbeit**  
erscheint am 12. März 2008

**Blick zurück:**  
**Als die Freiheitsrechte  
 in Flammen aufgingen**

Lichterloh brannte das Symbol der ersten deutschen Republik. Es war ungefähr neun Uhr am Abend des 27. Februar 1933, als vor 75 Jahren der Plenarsaal des Reichstags in Flammen aufging. Das Feuer blieb weit über Berlin zweieinhalb Stunden lang sichtbar. Die anderntags aufgenommenen Fotos von der Verwüstung gingen um die Welt; und schon bald äußerten Journalisten der Auslandspresse Zweifel an den ‚Verursachern‘, die das NS-Regime sofort nannte. Es war, rückblickend betrachtet, fast müßig herauszufinden, ob der sofort gefasste Marinus van der Lubbe der Täter war oder nicht. Die Nationalsozialisten beschuldigten ohnehin die politische Linke als die eigentlichen Brandstifter. Die Nazis hatten ja schon vor ihrer so genannten Machtergreifung erklärt, sie würden „den volksfremden Marxismus“ in all seinen Schattierungen „ausrotten“. Und noch in der Nacht vom 27. auf den 28. Februar begann die verschärfte Verfolgung von Gewerkschaftern, Sozialdemokraten und Kommunisten; viele von ihnen wurden sofort verhaftet, ihre Presse verboten.

**Kurze Schonfrist für die Gewerkschaftspress**

Die *Gewerkschaftszeitung – Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes* blieb vorerst verschont. Doch ihr letzter je erscheinener Jahrgang, der von 1933, ist weniger als ein Drittel so umfangreich wie der Jahrgang von 1932 – 272 in Buchdeckel eingepasste Seiten gegen 840 im Vorjahr. Der spärliche Umfang erklärt sich dadurch, dass die letzte Ausgabe des ADGB-Zentralorgans am 29. April 1933 erschien – ein Dritteljahr, ein Drittel Umfang. Hauptthema der ersten März-Ausgabe von 1933 war der bevorstehende Maifeiertag, den die Nazis dann zum „Nationalen Tag der Arbeit“ umfunktionierten, um am nächsten Tag die deutsche Gewerkschaftsbewegung zu zerschlagen. Wie schon Jahre vorher, so gab es auch am Ende dieser Ausgabe der wöchentlich erschienenen Zeitung einen Überblick über die Arbeitsmarktbilanz des Vormonats: Fast 47 % der Gewerkschaftsmitglieder waren im zeitigen Frühjahr 33 zur Arbeitslosigkeit und fast 24 % zur Kurzarbeit verdammt.

**„Ein Anschlag gegen den Parlamentarismus“**

Unter den Menschen, die unmittelbar nach dem Reichstagsbrand festgenommen wurden, befanden sich, wie erwähnt, zahlreiche Gewerkschafter. Darauf ging das ADGB-Blatt, das am 4. März nach dem Ereignis erschien, konkret jedoch nicht ein: „Die Vertreter der Gewerkschaften sprachen ihren Abscheu und ihre Empörung über die Brandstifter aus. Die Gewerkschaften nehmen die deutsche organisierte Arbeiterschaft entschieden in Schutz gegen den Verdacht, dass einer aus ihren Reihen zu den Anstiftern des Attentats gehöre. Sie erblicken in der Brandstiftung nicht nur einen Anschlag gegen den Sitz des Parlaments, sondern einen Anschlag gegen den Parlamentarismus überhaupt. Die deutschen Gewerkschaften und ihre Mitglieder gehören zu den treuesten Hütern der Demokratie und der parlamentarischen Ord-

nung... Die deutschen Arbeiter werden aber ebenso, wie es die Pflicht der Verbandsleitungen ist, auch unter den heutigen schweren Verhältnissen kühles Blut bewahren (die letzten drei Wörter sind gesperrt gedruckt, A.D.) und sich nicht von ihrem rechtmäßigen Kampf gegen alle Gefahren für die verfassungsmäßigen Freiheiten abdrängen lassen.“ Mehr gab es auf den 15 Seiten der ADGB-Zeitung zum Reichstagsbrand nicht zu lesen. Es galt also erneut, „kühles Blut (zu) bewahren“. Womöglich band die damals unmittelbar bevorstehende Reichstagswahl mehr an Aufmerksamkeit: Am sechsten Tag nach dem Reichstagsbrand gewann die NSDAP zwar viele Stimmen hinzu, erhielt jedoch nicht die absolute Mehrheit. Trotzdem verwundert die zurückhaltende Reaktion des ADGB auf das Ereignis vom 27. Februar; denn als die oben zitierte Verlautbarung beschlossen wurde, war bereits bekannt, wie das Regime vorging, als die letzte Glut im Reichstag noch nicht verglommen, erstickt und gelöscht war: Am 28. Februar 1933 wurde die „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat“ erlassen. Dadurch wurden die wesentlichsten in der Verfassung verankerten Bürgerrechte teils beschränkt, teils völlig außer Kraft gesetzt, darunter die freie Meinungsäußerung, die Pressefreiheit, das Brief-, Telegraphen- und Fernsprechgeheimnis, sowie vor allem das Vereins- und Versammlungsrecht. Zudem stand fortan auf viele Vergehen neuerdings die Todesstrafe. Die Verordnung über die Abschaffung der Bürgerrechte galt nicht temporär; sie blieb bis zum Ende der NS-Herrschaft in Kraft, bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs.

*Antje Dertinger*



## Profite mit Auszubildenden

Entgegen vielen Vorurteilen und den Angaben des Berufsbildungsberichtes 2006 – herausgegeben vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und der Kultusministerkonferenz (KMK) – ist die duale Berufsausbildung nicht die teuerste, sondern die mit Abstand kostengünstigste Form der beruflichen Erstausbildung. Betriebe, die ihre Lehrlinge gut ausbilden, machen damit unter dem Strich Gewinn. Zu diesem Schluss kommt der Bremer Berufsbildungsforscher Felix Rauner in einem Beitrag für die Wochenzeitung *Die Zeit*. Der langjährige Leiter des Instituts Technik und Bildung der Universität Bremen hatte in einer Studie rund einhundert Ausbildungsbetriebe befragt.

Über die Hälfte bildete rentabel aus. Durchschnittlich ergab sich

ein Nettobetrag von 600 Euro pro Auszubildenden im Jahr. Die Ergebnisse widersprechen den offiziellen Angaben des BMBF, nach denen ein Auszubildender sein Unternehmen mit jährlich 8.600 Euro belastet.

In den Köpfen von Politikern und Unternehmern habe sich die Formel „Ausbildung gleich Kosten“ eingenistet, kritisiert Rauner. Deshalb auf niedrige Ausbildungsquoten mit staatlichen Finanzierungskonzepten zu reagieren, sei aber falsch. Wichtiger sei die Qualität der Ausbildung. Nach Rauners Untersuchungen lernen die Auszubildenden dann am meisten, wenn sie von Anfang an im Betrieb mitarbeiten, statt in Lehrwerkstätten ausgegliedert zu sein. Dann sei auch der Ertrag für das Unternehmen am größten. „Betriebe mit Nettoausbildungskosten

haben daher allen Anlass, die Qualität ihrer Ausbildung unter die Lupe zu nehmen“, schreibt Rauner.

Eine Untersuchung der Universität Bern war bereits zu ähnlichen Ergebnissen gekommen. Mehr als 4.000 Schweizer Unternehmen waren an der Umfrage beteiligt. Sie zeigt, dass die Unternehmer im Jahr 2004 pro Auszubildenden einen Profit von mehr als 2.700 Schweizer Franken erzielten.

Den Umfrageergebnissen zufolge erreichen alle Auszubildenden, unabhängig von der Dauer ihrer Lehre, im letzten Ausbildungsjahr ein Kompetenzniveau, das drei Viertel der Leistung eines durchschnittlichen Beschäftigten im erlernten Beruf entspricht. Insgesamt rund 4,7 Milliarden Franken haben Schweizer Unternehmen im Jahr 2004 in die Berufsausbildung investiert.

## Akademie der Arbeit

Die „Akademie der Arbeit in der Universität Frankfurt am Main“ (AdA) bietet Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern ohne Hochschulzugangsberechtigung ein elfmonatiges Vollzeitstudium auf dem Gebiet der Arbeitsbeziehungen an. Das gesellschaftswissenschaftliche Basisstudium für ca. 50 Studierende dauert elf Monate, jeweils von Oktober bis August. 39 Internatsplätze stehen DGB-Stipendiaten zum gemeinsamen Leben und Lernen zur Verfügung.

Arbeits- und Verfassungsrecht, Sozialpolitik, Ökonomie und Organisation bilden den Studienschwerpunkt; zu den Nebenfächern zählen unter anderem Soziologie, Verbändewesen und Schlüsselkompetenzen. Alle Lehrinhalte werden in Vorlesungen vermittelt und in Gruppenarbeit sowie in Block-Seminaren ge-

meinsam vertieft. Insgesamt umfasst das Studium mehr als 1.000 Lehr- und Arbeitsgruppenstunden.

Für das Studium werden vorausgesetzt: eine abgeschlossene Berufsausbildung und eine mindestens dreijährige Berufstätigkeit, eine mindestens dreijährige Mitgliedschaft in einer DGB-Gewerkschaft, die Ausübung gewerkschaftlicher Funktionen, ein Mindestalter von 21 Jahren bzw. ein Höchstalter von 35 Jahren. Die Aufnahmeprüfung für den Lehrgang 2008/2009 findet vom 6. bis 9. Juli 2008 statt. Studienbewerber/innen, die gewerkschaftlich gefördert werden wollen, wenden sich an den Bundesvorstand ihrer Einzelgewerkschaft (Abteilung Personal oder Bildung). Die Bewerbungen müssen bis zum 31. März 2008 vorliegen. Infos unter <http://www.akademie-der-arbeit.de>

### Böckler-Boxen

#### Mit einem Klick zum Thema

##### > Armut

Was sind die Ursachen?

Wer ist betroffen?

Wie kann gegengesteuert werden?

##### > Prekäre Beschäftigung

Zu wenig Lohn, die Absicherung fehlt, Zukunft ungewiss...

Prekäre Jobs breiten sich aus

##### > Chancengleichheit

Männer und Frauen im Arbeitsleben:

Was hat sich geändert?

Wo halten sich Benachteiligungen?

Weitere Boxen aktuell:

##### > Mitbestimmung

##### > Kündigungsschutz

##### > Niedriglöhne – Mindestlöhne

Basisdaten, Forschungsberichte, Positionen und Praxisberichte, Glossare und Links.

<http://www.boeckler-boxen.de>



## Ruhrfestspiele 2008

Der Ruhrfestspiele in Recklinghausen finden in diesem Jahr unter dem Motto „Es war einmal in Amerika - Ein Traum vom Theater“ statt. Vom 1. Mai bis zum 15. Juni gibt es insgesamt 234 Vorstellungen aus den Bereichen Theater, Kabarett, Musik und Lesung. Herausragendes Ereignis ist die europäische Premiere des Stücks >Speed-the-plow< von David Mamet. Die Hauptrolle spielt der zweifache Oscarpreisträger Kevin Spacey, der bereits 2006 als Richard II. während der Ruhrfestspiele vom Publikum gefeiert wurde. An seiner Seite wird der aus >Jurassic Park< und >Independence Day< bekannte US-Schauspieler Jeff Goldblum zu sehen sein. Weitere Höhepunkte der Festspiele sind das Theaterstück Ein >Mond für die Beladenen< von Eugene O'Neill, die Komödie >Happy End< mit Peter Lohmeyer in der Hauptrolle und der Schauspielklassiker >Die Katze auf dem heißen Blechdach< von Tennessee Williams.

### Ferres, Sander und Co.

Neben Lohmeyer und den international bekannten Künstlern treten während des sechswöchigen Festivalzeitraums zahlreiche weitere Stars der deutschen Theater- und Kabarettzene auf. Mit Lesungen aus verschiedenen literarischen Werken sind unter anderem Veronica Ferres zu erleben sowie Ulrich Matthes, Iris Berben, Otto Sander und Ulrich Tukur. Das Kabarettprogramm verspricht mit dem mehrfach ausgezeichneten Hagen Rether und den Altmeistern des deutschsprachigen Kabarett, Werner Schneyder und Thomas Freitag, aktuelle und kritische Unterhaltung.

### Die ersten Ruhrfestspiele: Ein Akt der Solidarität

Die Ruhrfestspiele in Recklinghausen haben ihren Ursprung in einem Akt der Solidarität des Jahres 1946, als Hamburger Schauspieler ins Ruhrgebiet fuhren, um Kohlen für ihre nicht beheizten Schauspielhäuser zu organisieren (siehe *WdA* 19, Mai 2005, S. 5). Unter persönlichem Risiko schleusten Bergleute die Kohle an der britischen Besatzungsmacht vorbei und ermöglichten dadurch den Spielbetrieb. Als Dank gaben die Hamburger Künstler ein Gastspiel unter dem Motto „Kunst für Kohle - Kohle für Kunst“.

<http://www.ruhrfestspiele.de>

\* \* \* \*

### Kulturprogramm in Hörste

Das Kulturangebot vom ver.di Institut für Bildung, Medien und Kunst blickt auf eine lange Tradition zurück. Entstanden ist es aus der Zusammenarbeit mit Künstlerinnen und Künstlern, die in der IG Medien eine gewerkschaftliche Heimat gefunden hatten. Die Präsentation verschiedener Kunstformen in einer gewerkschaftlichen Bildungseinrichtung hatte und hat zum einen das Ziel, den Kunstschaffenden einen Raum zu geben, zum anderen durch die Abstimmung mit dem Bildungsangebot eine Kultur des ganzheitlichen Lernens zu schaffen. Hier Aspekte des Programms im ersten Halbjahr 2008: Der Stummfilm TABU, musikalisch interpretiert vom Ensemble HORIZONTE. Martin Maier-Bode betrachtet das Leben kabarettistisch, während

### Welt der Arbeit

Internet-Publikationen

Herausgeber und verantwortlich  
für den Inhalt:  
Franz Kersjes  
Abendrothstr. 5, 50769 Köln  
Telefon: 0171 – 5 26 65 35  
Mail: [franz.kersjes@koeln.de](mailto:franz.kersjes@koeln.de)

Die *Welt der Arbeit* erscheint nach  
Bedarf kostenlos online und auf  
der Website  
[www.weltderarbeit.de](http://www.weltderarbeit.de)

Nachdruck gegen Übermittlung  
von Belegen erwünscht. – Beiträ-  
ge von Gastautoren stellen nicht  
in jedem Fall die Meinung des  
Herausgebers dar.

Empfehlungen:

<http://www.nachdenkseiten.de>  
<http://www.labournet.de>  
<http://www.einblick.dgb.de>  
<http://www.verdi.de>  
<http://www.igmetall.de>  
<http://www.wissentransfer.info>  
<http://www.erwerbslose.de>  
<http://www.attac.de>  
Neue Rheinische Zeitung  
<http://www.nrhz.de>

### Institut für Bildung, Medien und Kunst

**im Heinrich-Hansen-Haus**  
Teutoburger-Wald-Straße 105  
32791 Lage-Hörste  
Telefon: 0 52 32 / 9830  
Mail: [bst.imk@verdi.de](mailto:bst.imk@verdi.de)  
Infos: <http://www.imk.verdi.de>

Barbara Thalheim, eine bekannte Liedermacherin aus der früheren DDR, die unterschiedlichen Gesellschaftsformen musikalisch darstellt und deutet. Verschiedene Ausstellungen, Konzerte mit außergewöhnlichen Musiker/innen und eine >Reise in die Romantik< für Auge und Ohr runden das Kulturangebot ab. - Einzelheiten und weitere Informationen sind zu finden unter  
<http://www.imk.verdi.de>